Von:
Gesendet: Freitag, 20. Mai 2022 16:02
An: Oberbürgermeister <Oberbuergermeister@stadt.wuppertal.de>
Betreff: Bürgerantrag zur Vorlage 75 aus 21

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schneidewind,

hiermit beantrage ich **Sinngemäß** " Der Auschuss für Verkehr beauftragt die Verwaltung analog der Aussage aus der Vorlage 0075/21 ein Konzept zu entwickeln wie der ÖPNV als auch der Radverkehr am neuen Döppersberg mehr Berücksichtigt wird. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus WSW Mobil, als auch NGO sowie der Uni gebildet werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Verwaltung soll sein den Umweltverbund soweit zu stärken das dieser eine bessere Alternative zum MIV wiederspiegelt "

Begründung
Zitat aus der Vorlage " Warum wird die Busspur nicht bis zur Einmündung Bahnhofstraße verlängert? Dieser Bereich ist Bestandteil der Fördermaßnahme „Neugestaltung Döppersberg". Zur Umsetzung dieser Maßnahme erhielt die Stadt Wuppertal Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Eine Verlängerung der Busspur bis zur Bahnhofstraße führt dazu, dass von drei Fahrspuren in Fahrtrichtung Osten eine Fahrspur als Aufstellfläche vor der Lichtzeichenanlage entfallen würde. Dies ist aber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des folgenden Knotenpunktes B7 Seite: 3/3 / Morianstraße / Döppersberg erforderlich, da nur mit Bildung kompakter Fahrzeugpulks und einer signaltechnischen Koordinierung der beiden Knoten B 7 / Bahnhofstraße und B 7 / Morianstraße / Döppersberg überhaupt der notwendige Abfluss am Brausenwerth generiert werden kann. Die prognostizierten Verkehrsbelastungen für 2015 als Berechnungsgrundlage der verkehrstechnischen Untersuchungen im Rahmen der Neuplanung des Döppersbergs 2003 stellen sich durch die Verkehrsbelastungszahlen aus dem Jahr 2020 als plausibel und realistisch dar. Durch ein Auseinanderreißen der Fahrzeugpulks verringert sich der Abfluss am Brausenwerth und es entstehen Rückstaulagen, die am Ende aus einer vermeintlichen ÖPNV-Beschleunigung im Ergebnis das Gegenteil generieren. "

Dieses hört sich auf den ersten flüchtigen Blick plausibel an, was jedoch schon beim zweiten Lesen eher daf+r sogt das berechtigte Zweifel an der sachgerechten Beurteilung aufkommen könnte. Aufgrund des Ratsbürgerbescheid der Stadt Wuppertal wurde vor einigen Jahren die Seilbahn über die UNI nach Küllenhahn (aus meiner Sicht) den Abstimmungsverhalten von nicht ÖPNV und Fußgänger*innen als auch Radfahrende geopfert. Weitergehende Planungen sind bis jetzt nicht erfolgt um dieses zu kompensieren.

Ich denke Wuppertal als Universität Stadt als auch Mitglied im AFGS und mit einer sehr Aktiven Bürgerlichen Beteiligung kann hierbei der Verwaltung Behilflich sein, sich aus den selbstauferlegten "Denkverbote" der Verwaltung zu befreien. Insgesamt würde dieses auch sehr gut. Insgesamt dürfte dieses sich sehr gut in die Reihe "Bürgerbeteiligung" Mobilität mit einbauen lassen. Als aber auch der KI Ampelsteuerung von Anfang an das richtige lernen lassen.

Hinweis für die Verwaltung: ich kann selbstständig das RIS lesen und bekomme aus diesem Grund auch mit, wann und wo mein Bürgerantrag behandelt wird. Ich bedarf also keiner Mitteilungen hierüber (

Arbeitserleichterung). Ich gehe davon aus das mein Bürgerantrag ausreichend offen formuliert wurde so das sich für die Politik die Möglichkeit bietet einen Prüfauftrag daraus abzuleiten. Von daher ist es auch nicht nötig das die Verwaltung eine seitenlange Vorlage schreibt warum dieses oder jenes nicht so schön wäre und meinen Bürgerantrag ablehnt. Sollte ich anwesend sein und das Bedürfnis haben von meinen Rederecht gebrauch zu machen werde ich dieses dann gerne tun. Noch besser wäre allerdings ein offener Austausch über die Gedanken zu ermöglichen. Wozu dann auch die Möglichkeiten gehört während der Sitzung auf Fragen meinerseits einzugehen.

mit freundlichen Grüßen